

Michael Schmitz-Aufferbeck, Generalintendant Theater Aachen und Sprecher der ständigen Konferenz der Intendanten in NRW

Stellungnahme anlässlich der Anhörung zur Theaterfinanzierung der Landesregierung NRW 2018 am 07.Juni 2018.

Sehr geehrte Damen und Herren

Man muss, glaube ich, kurz in die Vergangenheit schauen, um das, was jetzt passiert wirklich zu würdigen. Als der, für die Theater sehr engagierte Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, im Herbst 2009 im Theater Oberhausen in einer Diskussion um die schwierige Finanzsituation vieler NRW Theater den Begriff Theaterpakt in den Raum warf, war ihm in diesem Moment wohl kaum klar, welche Zündkraft dieser Begriff bekommen sollte. Innerhalb weniger Monate bildete sich, im Vorfeld der Landtagswahl 2010, im engen Dialog mit dem Städtetag eine klare Forderung an die Politik heraus: Den Beitrag zum Zuschuss der kommunalen Theater und Orchester in einem überschaubaren Zeitraum auf 20% zu steigern, um die sich in schwierigem Fahrwasser befindlichen Kommunen zu entlasten, und der einzigartigen Theaterlandschaft in NRW eine Perspektive zu liefern. Eine ganze Reihe von Städten befand sich zu dieser Zeit im Nothaushalt und insbesondere die Bezirksregierungen spielten, bezüglich des Drucks, der gegenüber den sogenannten freiwilligen Leistungen aufgebaut wurde, eine immer wieder gewichtige Rolle. Mancherorts spielten aber auch die Kommunen selbst keine rühmliche Rolle. Wider Erwarten waren die Reaktionen, auf die doch in Anbetracht der Zuschusswirklichkeit anspruchsvolle Forderung, seitens der Kulturpolitik nahezu aller im Landtag vertretenen Parteien vor der Wahl durchaus unterstützend. Aber nach der Wahl ist eben häufig alles anders. Die Kultur wurde zwar wieder in ein Ministerium eingefügt, allerdings in ein solch heterogenes Konstrukt, das zunächst einmal nicht viel Gutes erwarten ließ. Die Ministerin Ute Schäfer hat aus dem geringen Spielraum, den ihr insbesondere Finanz- und Innenministerium ließen, einiges gemacht und wie wir wissen, auch einiges mehr versucht. Sie richtete gleich nach Amtsantritt die Theater- und Orchesterkonferenz ein, mit Vertretern des Ministerium, des Städtetages, der Kommunen und der Theater, und schaffte es bereits im nächsten Jahr den Landeszuschuss um 4,5 Millionen zu erhöhen, auf ca. 19,5 Mio. Problematisch war damals bereits und ist auch heute noch die bis dato gezahlte Sockelfinanzierung, da sie die Theater nach einem eher willkürlich scheinenden Plan sehr unausgewogen bezuschusst. Diese Unausgewogenheit wurde 2011 nicht beseitigt, um nicht neue Verlierer zu schaffen. Zudem wurden damals die im Nothaushalt befindlichen Kommunen stärker bedacht und ein Teil des neuen Zuschusses an theaterpädagogische Maßnahmen geknüpft. Der anschließende Versuch über einen Theaterpakt, d.h. über eine vertragsähnliche Übereinkunft zwischen Land und Kommunen die Finanzsituation der Theater zu stärken war eine langwierige und schwierige Geburt, die im Sommer 2013 schließlich zu einem mehrseitigen Vereinbarungstext führte, der für uns Intendanten aber nur wenig praxistauglich schien, weil er finanziell für die Kommunen keinerlei Anreiz bot, sich auf eine solche Vereinbarung einzulassen. Es war das Theater Krefeld-Mönchengladbach, das den Pakt als erstes Theater unterschrieb, nachdem die beiden Städte ohne jeden Druck selbst die Finanzierung ihres Theaters für die nächsten Jahre abgesichert hatten. Wenige weitere Vereinbarungen folgten. Das war auch der Zeitpunkt, von dem an die Vertreter der Theater und Orchester gemeinsam mit den Vertretern des Städtetages, namentlich mit Herrn Hebborn und Herrn Bartella und einigen sehr

engagierten Kulturdezernenten - hier sind vor allem Herr Fischer aus Mönchengladbach, Herr Stüdemann aus Dortmund, Herr Tsalastras aus Oberhausen zu nennen - an Modellen eines dynamischen Aufwachsens des Landeszuschusses zu arbeiten begonnen haben, ausgehend von der Annahme, dass eine solche dynamische Beteiligung an den Kosten, ein Gespräch mit den Kommunen auf Augenhöhe erst möglich machen würde.

Zwischen 2013 und 2018 hat es dann keinerlei Ergebnis hinsichtlich eines, wie auch gearteten Zuwachses mehr gegeben. Kurz vor der Wahl wurde ein zweiter Theaterpakt angekündigt, aber inhaltlich nicht ausformuliert. Immer wieder tauchte in dieser Zeit auch die Frage nach der Notwendigkeit der Dichte der kommunalen Theaterlandschaft auf. – Man stelle sich aber die Städte, die hier durchaus in der Überlegung standen, auch noch beraubt ihrer kulturellen Mittelpunkte vor. - In dem kurz zuvor verabschiedeten Kulturförderplan waren Theater und Orchester leider nur marginal vertreten.

Umso überraschender war für uns schon die Ankündigung von Minister Laschet den Kulturhaushalt von NRW um 50% zu erhöhen. Dass dann die Ministerin Frau Pfeiffer-Poensgen auch als erstes die desolater Theaterfinanzierung in Angriff genommen hat und auch klar formuliert hat, dass die Zuschüsse in den letzten anderthalb Jahrzehnten trotz des Aufwuchses von 2011 prozentual eigentlich stark gesunken sind, hat uns sehr gefreut. Wir wissen aus einem vom Städtetag im letzten Sommer erstellten Vergleich der Theaterfinanzierung aller Bundesländer, dass egal, aus welcher statistischen Perspektive man sich auch der Problematik nähert, NRW diesbezüglich ein Schlusslicht darstellt. Auch die immer wieder bemühte Rechtfertigung der im Vergleich zu anderen Bundesländern niedrigeren Beteiligung des Landes an der kommunalen Kultur hat sie deutlich relativiert. Wir leben halt seit langer Zeit nicht mehr in einem Land der finanziell prosperierenden Städte und müssen diesen Veränderungen auch Rechnung tragen.

Auch die konkrete Umsetzung der Theaterfinanzierung hat uns sowohl bezüglich der Höhe des Aufwuchses als auch in der für uns so notwendigen dynamisierten Umsetzung überrascht und sehr gefreut. Wir werden zwar im Jahre 2022 nicht bei 20% Zuwachs liegen, aber doch einen gewaltigen Schritt gegangen sein. Und eine Fortsetzung dieses Weges hat Ministerin Pfeiffer-Poensgen ja ebenfalls in Aussicht gestellt. Bleibt die immer noch unausgewogene Sockelfinanzierung, die durch das neue Finanzierungsmodell, das sich ja an den Personalkosten orientiert, im Laufe der Zeit ausgeglichen werden wird. Hier wünschen sich die z.Zt. benachteiligten Theater, vielleicht doch noch einen Weg zu einem schnelleren Ausgleich. Aber insgesamt begrüßen wir den eingeschlagenen Weg außerordentlich, auch dass die Basisfinanzierung ohne weitere Differenzierung erfolgt.

Von größter Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang jetzt der Abschluss der trilateralen Vereinbarungen zwischen Land, Kommune und Theater, damit die Landesmittel wirklich zu einer Stabilisierung und Verbesserung der Theatersituation beitragen. Auch sollten sie nicht selbstverständlich als Mittel zum Ausgleich der Tariferhöhungen angesehen und herangezogen werden. Eine Basis, um hier mit den Städten zu angemessenen Vereinbarungen zu kommen, gibt die neue Landesfinanzierung.

Was die Profilförderung betrifft, den zweiten wichtigen Bestandteil, der Theaterfinanzierung, der die Theater in eine Wettbewerbssituation setzt und Anreize gibt bestehende inhaltliche Profile zu intensivieren oder neue Profile zu entwickeln, sind wir ebenfalls sehr optimistisch, obwohl hier noch eine stärkere Konkretisierung aussteht, weil einerseits die Bandbreite dessen, was das einzelne Orchester oder das einzelne Theater als sein Profil entwickeln oder stärken will, eine große Bandbreite erlaubt, und zum andern die Nachhaltigkeit in der Förderung ein ebenfalls zentraler Punkt ist. Wir warten gespannt auf die Ideen bezüglich der Bewerbungs- und Auswahlverfahren, würden uns aber auch sehr freuen an der Diskussion um diese Prozesse beteiligt zu sein.

Abschließend möchte ich mich hier für meine Kolleginnen und Kollegen noch einmal bei der Landesregierung, beim Ministerpräsidenten und insbesondere bei der engagierten Ministerin Frau Pfeiffer-Poensgen für den jetzt eingeschlagenen Weg bedanken.